

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 22

Artikel: Vom Aufstand zum Eingriff
Autor: Gosztony, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094737>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Aufstand zum Eingriff

Peter Gosztony über den politisch-militärischen Verlauf der Revolution

Die politische Revolution in Ungarn wurde zum Volksaufstand, als die AVO das Feuer auf Demonstranten eröffnete. Er siegte sehr rasch gegen den bestehenden Machtapparat, der völlig desintegrierte. Die Volksarmee machte ihrem Namen erstmals Ehre, als ihre Truppe sich mit der Bevölkerung verbrüdete und ihr Waffen gab. Der Sicherheitsdienst und die im Lande stationierten Sowjettruppen hatten keine Chance, sich zu behaupten. Was dann erfolgte, war der gewaltsame Ueberfall einer imperialistischen Supermacht auf ein kleines Land, das soeben seine Neutralität erklärt hatte. Es war eine durch Krieg importierte Konterrevolution.

Im Herbst 1956 befand sich Ungarn in einer allgemeinen politischen Krise. Die Misswirtschaft unter Rakosi hatte das Land an den Rand des Bankrotts gebracht. Das Ergebnis des 20. Parteikongresses der sowjetischen KP in Moskau vom Februar 1956, an dem Stalin und seine Politik angeprangert wurden, trug mit der Zeit auch in osteuropäischen Ländern Früchte. Im Juli 1956 musste Rakosi abdanken und Ungarn verlassen. An seine Stelle trat jedoch ein Ernö Gerö, der für die Ungesetzlichkeiten und für den Terror der vergangenen Jahre mitverantwortlich war und sich nun als unfähig erwies, die Hoffnungen und Wünsche der Ungarn zu erfüllen.

Der politische Aufbruch . . .

Zwar gelang es dem neuen Parteiführer, auf ausenpolitischem Gebiet einige Erfolge zu erzielen (eine Annäherung an Jugoslawien wurde eingeleitet, die Beziehungen zu Oesterreich verbessert), doch hatten diese Alibimassnahmen in der Innenpolitik nicht den von Gerö erhofften Beruhigungseffekt. Gerade das Gegenteil geschah: Oesterreichs Neutralität und Jugoslawiens Recht auf einen «eigenen Weg zum Sozialismus» erwiesen sich als interne politische Anziehungskraft. Man hatte genug von der sklavischen Nachahmung der sowjetischen Lebensweise und wünschte eine grundlegende Aenderung der ungarischen Politik (worunter man natürlich keineswegs eine Restauration des Regimes der Vorkriegszeit verstand).

Die ungarische KP selber war verwirrt. Es existierte keine Generallinie mehr. Auf Druck der öffentlichen Meinung rehabilitierte man wohl die (kommunistischen) Opfer des Rakosi-Regimes, versuchte aber gleichzeitig, die Henker zu schützen. Der Drang zur Liberalisierung liess sich so nicht aufhalten. Die Presse, der Klub der kommunistischen Jungintellektuellen und der von nationalgesinnten Kommunisten durchdrungene Schriftsteller- und Journalistenverband sorgten dafür, dass die Bremsen gelockert wurden. Der Eiserner Vorhang zwischen Ungarn und Oesterreich wurde beseitigt, die ersten Touristen kamen aus Wien zurück und erzählten wahre Wunder.

Die politischen Diskussionen der verschiedenen Berufsverbände (noch immer unter der Obhut der KP) nahmen in den Monaten September und Oktober zu. Ihre Themen wurden immer brisanter. Fragen wurden aufgeworfen, die einerseits die bisherige Monopolstellung der KP angriffen, andererseits gegen die weitere Vormundschaft der Sowjetunion im Lande Stellung nahmen. Bereits eine Woche vor dem Aufstand forderte man

auch in der Provinz den Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn.

Ein jugoslawischer Beobachter der ungarischen Szenerie, Vljako Begovic, Direktor des jugoslawischen Institutes für internationale Politik, schrieb zur Lage in Ungarn:

«... Die Menschen weigern sich, wie früher zu leben, und die Führung kann nicht mehr wie früher regieren. Die Bedingungen für einen Aufstand sind da. Wer wird ihn führen, da die Arbeiterklasse desorientiert ist und die Partei hinter den Ereignissen herhinkt und ihr Ansehen bei den Massen verloren hat?»

Zu diesem Zeitpunkt hatte die allgemeine Krise auch die Streitkräfte erfasst. Diese gliederten sich in drei Teile: in die *Volksarmee*, die dem Verteidigungsministerium unterstellt war, in die *Grenzwache*, die auf den Befehl des Innenministers hörte, und in den *Staatssicherheitsdienst*, der mit seinen Ordnungstruppen unmittelbar dem Zentralkomitee der KP unterstand und eine Art Hausmacht verkörperte. Insgesamt hielt Ungarn in diesem Herbst 1956 etwa 150 000 Mann unter Waffen, wovon 120 000 Soldaten der Volksarmee angehörten.

. . . ergreift die Armee

Ausrüstung, Ausbildung und politische Erziehung dieser Formationen entsprachen streng der damaligen sowjetischen Norm. Die Indoktrination schien vollkommen zu sein. Der Schein trügte.

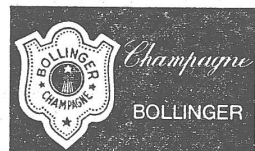
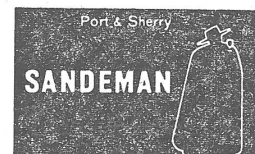
Denn was sich seit einigen Monaten in Ungarn im Zivilbereich abspielte, war auch — mit gewissen zeitlichen Verschiebungen — in der Volksarmee bemerkbar. Da war einmal die missliche materielle Lage des Offizierskorps, gepaart mit Existenzproblemen. Der aufgedeckte Terror des (nicht so) alten Regimes schürte diese allgemeine Unzufriedenheit. Und dazu kam noch ein wachsender Unmut über die starke Sowjetisierung der Armee und der Wunsch nach einer grundlegend neuen Politik.

Träger und Verbreiter dieses Gedankenguts im Offizierskorps waren in erster Linie die Offizierschüler und die Absolventen der Generalstabsakademie «Zrinyi» sowie der beiden höheren Politoffizierschulen «Petöfi» und «Stalin» in Budapest. Da die Volksarmee laut ihrer Doktrin eine enge Verbindung zu den Werktätigen des Landes hatte, vor allem 1956, war sie auch mit den allgemeinen Problemen des «Zivillebens» vertraut, die sie als die ihren betrachtete.

Das gleiche liess sich freilich von der Grenzwache und vom Staatssicherheitsdienst nicht sa-

gen. Beide Formationen waren von der Bevölkerung so isoliert wie der Jäger vom Wild, und ihre Führung befand sich im Herbst 1956 noch in den Händen jener Offiziere, die, politisch gesehen, an der «alten Linie» der KP festhielten.

Hochmut und eine grenzenlose Einbildung auf ihre Macht charakterisierten indessen die oberste Führung auch der Volksarmee. Generaloberst Janos Bata, der Verteidigungsminister, sagte im September 1956 einmal einem Besucher, der ihn auf die Gefahr eines Aufstandes aufmerksam machte: «Keine Angst, Genosse, sollte es jemand wagen, die Faust gegen uns zu erheben, wir würden mit diesem Problem sehr rasch fertig werden!» Er zeigte dabei auf ein MG-Modell auf seinem Bücherregal... («Kisalföld», 23. November 1956)



Vertrieb:
Berger Bloch AG
3550 Langnau

Mitte Oktober 1956 wurden allerdings im Verteidigungsministerium einige Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Man stellte Alarmpläne auf, verfügte eine Ausgangssperre und bestimmte verlässliche Politoffiziere, die im Falle von Unruhen die Führung der Divisionen übernehmen sollten. Nach aussen hin wurden diese Massnahmen mit der kritischen Lage im Nahen Osten begründet, denn seit der ägyptische Präsident Nasser den Suezkanal verstaatlicht hatte, war im Mittelmeerraum mit einem Krieg zu rechnen. Aber 48 Stunden vor dem 23. Oktober liess das Politbüro der ungarischen KP die Sicherheitsvorkehrungen der Armee rückgängig machen. In Kraft blieb einzig ein Befehl des Innenministers, der zur Verstärkung der Ordnungstruppen des Staatssicherheitsdienstes in Budapest (2 Bataillone) 1000 Mann Grenzwächter aus Westungarn in die Hauptstadt beordnete.

Aufstand: Der Besatzer kämpft bald allein dagegen...

Am 23. Oktober 1956 wurde binnen weniger Stunden aus den friedlichen Demonstrationen der Studenten ein blutiger Aufstand, der — wenigstens in den ersten Tagen — Elemente eines Bürgerkrieges aufwies. Der von den Sicherheitstruppen provozierte bewaffnete Zusammenstoss zeigte rasch die Machtgrenzen von Partei und Staat.

Die aufgebotenen Truppen weigerten sich nämlich, gegen die Aufständischen vorzugehen. Entweder verhielten sie sich wohlwollend neutral, oder sie unterstützten die Rebellen mit Waffen und Munition. General Bata stand fassungslos vor den Ereignissen: er schloss sich in seinen Amtsräumen ein und wartete — vergebens — auf Instruktionen der Partei.

Dem kurz zuvor aus Moskau nach Budapest zurückgekehrten neuen Generalstabschef der Armee, Generalmajor Lajos Toth, waren die ungarischen Verhältnisse völlig fremd: Die in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober nach Budapest beordneten Truppen (insgesamt 6700 Soldaten und etwa 50 Panzer) wurden an 30 Orte verzettelt. Der Innenminister liess die Grenzwächter in ihre Unterkünfte zurückholen, und die Ordnungstruppen des Staatssicherheitsdienstes verschwanden bereits am zweiten Tag der Unruhen von den Strassen. Man überliess das Budapest «Kampffeld» den Sowjettruppen.

Diese Sowjettruppen in Ungarn hatte das Moskauer Oberkommando bereits Mitte Oktober alarmiert und gleichzeitig auch in Rumänien und in der zur Sowjetunion gehörenden Karpato-Ukraine neue Truppen in Bereitschaft versetzt. Anscheinend begriff die sowjetische Aufklärung die Lage in Ungarn besser als die Budapest Macht-haber.

Es ist noch heute nicht aktenkundig, wer den Einsatz der Sowjettruppen in Budapest anordnete. Hatten die Sowjets selbst die Initiative ergriffen oder warteten sie tatsächlich auf eine offizielle Einladung von Ernő Gerő? Fest steht lediglich, dass die ersten sowjetischen Truppen um 4.30 Uhr des 24. Oktober bereits in Budapest waren, nachdem ihre Vorhut, ein Panzerbataillon, um 3.30 Uhr des 24. Oktober zum Verteidigungsministerium vorgedrungen war.

Diese Truppen hatten vorerst keinen Schiessbefehl. Sie hofften, allein mit einer Machtdemonstration (wie 1953 in Berlin) die Gemüter zu beruhigen und die Ordnung wiederherzustellen. Aber sie irrten sich. Bald wurden die Panzer und

Panzerfahrzeuge von den Aufständischen — insbesondere in den von Arbeitern bewohnten Vorstädten — angegriffen und schon am ersten Tag vielerorts in die Defensive gedrängt. Mit selbstgebastelten «Waffen» (z. B. «Molotow-Cocktails») und von den Sowjets erbeuteten Geschützen gelang es den Aufständischen, denen sich immer mehr Soldaten und auch Offiziere der Volksarmee anschlossen, den fremden Invasoren empfindliche Verluste zuzufügen. So hatten die Sowjets bereits nach drei Tagen allein im Sektor der Kilian-Kaserne/Corvin-Passage 6 Panzer und 2 Sturmgeschütze verloren. General Tichonow, der für die sowjetischen Operationen in Budapest verantwortlich war, forderte Verstärkung von seinem Oberkommando. Ab 25. Oktober liess dieses neue Truppen aus der Karpato-Ukraine und aus Rumänien nach Ungarn verlegen. Mit den drei schon vor dem Aufstand in Ungarn stationierten Sowjetdivisionen wuchs die Zahl der fremden Truppen im Land auf 8 Divisionen an, wobei einige Verbände auch nach Transdanubien verlegt wurden, um von dort aus ein eventuelles Eingreifen westlicher und jugoslawischer Truppen vereiteln zu können.

Am 25. Oktober schlugen die Sowjets vor, dass ungarische und sowjetische Truppen in den nächsten Tagen gemeinsam die immer stärkeren Aufständischen angreifen sollten. Da der ungarische Generalstab seine in Budapest stationierten Truppen nicht für zuverlässig genug hielt, wollte er 2 Divisionen aus der Provinz herbeiholen.

In dieser Zeit geriet jedoch auch die Provinz in Erregung: überall, auch in den kleinsten Ortschaften, demonstrierte die Bevölkerung gegen das Regime. Das Verteidigungsministerium verlor vollends den Ueberblick. Die Garnisonen der Volksarmee waren sich selbst überlassen und bezogen ihre Informationen meist aus dem Radio, das schon in die Hände der Aufständischen gefallen war. Der Befehl, einige wichtige Objekte in der Provinz zu besetzen, erreichte die Kommandanten auf dem Land erst am 26. Oktober, zu einer Zeit, als der Aufstand schon so gut wie gesiegt hatte.

Unterdessen begann sich die Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen Truppen in der Hauptstadt und dem ungarischen Generalstab zu lockern. Die ungarischen Offiziere sabotierten unauffällig die Befehle und Anordnungen der «Waffenbrüder».

Die Sowjets blieben ab 27. Oktober praktisch auf sich allein gestellt. Zwar erreichten am 28. Oktober einige Einheiten des dritten ungarischen Ar-

meeerkorps von Süden her Budapest, wurden aber gegen die Hauptwiderstandsnester der Aufständischen nicht mehr eingesetzt. Imre Nagy liess nämlich die für diesen Angriff Verantwortlichen wissen, dass er, sollte die Aktion ausgelöst werden, sofort als Ministerpräsident demissionieren werde.

... und die Kollaborateure finden «ihre Arbeitermassen» auf der Gegenseite

Während immer mehr Soldaten und Offiziere der ungarischen Volksarmee offen mit den Aufständischen sympathisierten, Waffen und Munition an sie verteilten und selbst an den Kämpfen gegen die Sowjets teilnahmen, brach die oberste Führung der Volksarmee auseinander.

Zwei Lager entstanden: im einen befanden sich jene Generäle und Stabsoffiziere, die sich nun bedingungslos auf die Seite des Aufstandes stellten. Zu ihnen gehörte Generalmajor Lörinz Kana, Chef der Luftwaffe, der am 30. Oktober im Einvernehmen mit den Aufständischen den Sowjets ein Ultimatum stellte: sollten sie innerhalb einer bestimmten Zeit das Land nicht verlassen, würde die ungarische Luftwaffe gegen sie eingesetzt. Gleichzeitig wurde im Verteidigungsministerium ein revolutionärer Militärerrat gebildet, dessen Vorsitz Kana übernahm.

Zum andern Lager zählten die Generäle, die versuchten, die Sowjets und den noch vorhandenen stalinistischen Flügel («dem Sozialismus treue Kräfte», wie man sie im heutigen Ungarn nennt) der Partei zu unterstützen. Ihr Wirken erstreckte sich auf drei Gebiete: 1. Sicherung von Waffenlagern für vermeintlich in diese Richtung kampfbereite «Arbeitermassen»; 2. Schaffung eines Führungsstabes, der anstelle der amtierenden Regierung eine Militärdiktatur errichten und den Aufstand mit äusserster Härte niederschlagen sollte; 3. die vorbehaltlose Unterstützung der in Ungarn operierenden Sowjetarmee.

Der Plan misslang. Die Stalinisten fanden keine Arbeitermassen, die man hätte bewaffnen und gegen die Aufständischen einsetzen können. Die Militärdiktatur liess sich nicht verwirklichen, da der stalinistische Flügel der Parteileitung sehr rasch alle Macht verlor und ab 31. Oktober praktisch selber in die Illegalität gedrängt wurde. Und sogar die Unterstützung der Sowjets hörte mit der Entscheidung Moskaus auf, seine Truppen ab 30. Oktober aus Budapest abzuziehen. Nach diesem Misserfolg verloren die meisten der nicht sehr zahlreichen Generäle der stalinistischen Gruppe den Mut. Sie zogen sich zurück

Aber doch, das waren die Revolutionäre der ersten Minute. Wenig später schoss die AVO in diese Menge, und das war der Beginn des Aufstandes. Die Demonstranten hatten sich am 23. Oktober vor dem Radiogebäude versammelt, um die Verlesung der 16 Punkte einer Studentenforderung zu verlangen. Als die AVO das Feuer eröffnete, wurde das Gebäude erstürmt.
(Photo: M. K.)





Nach dem Sturm auf das Radiogebäude: Ein «Konterrévolutionär», der bestimmt nicht vom «Ancien régime» erzogen worden war. Der Aufstand zeigte, dass die angebliche Macht der Werktätigen und des Fortschritts die Arbeiterschaft und die Jugend des Landes gegen sich hatte.

oder versuchten, sich den abziehenden Sowjets anzuschließen. Nur sehr wenige Offiziere wurden von den Sowjets am 3. November über die kommenden Ereignisse informiert.

Was geschah jedoch in den letzten Oktober- und ersten Novembertagen bei der ungarischen Volksarmee in Budapest und in der Provinz?

Auflösung des Staatssicherheitsdienstes

Imre Nagy liess am 28. Oktober den Staatssicherheitsdienst auflösen und dessen Ordnungstruppen in den Kasernen internieren. In der Folge löste sich die einstige «Faust der Arbeiterklasse» einfach auf: die Offiziere, die Repressalien seitens der Bevölkerung befürchteten, überliessen die Mannschaft ihrem Schicksal und gingen in den Untergrund. Die Truppe ergab sich den Einheiten der Volksarmee oder beschaffte sich Zivilkleider und ging nach Hause. Die Grenzwa- che, deren Einheiten in Mosonmagyaróvár (Transdanubien) noch am 27. Oktober ein Blutbad unter den Demonstranten verursacht hatten, schloss sich in den folgenden Tagen den Aufständischen an, liess die Grenzen nach Westen öffnen und bat durch ihre neuen Leiter darum, man möge ihre bisherige Sonderstellung rückgängig machen und sie wieder der Volksarmee angliedern.

Ende Oktober/Anfang November wurden überall in den Garnisonen der Volksarmee Militärräte gewählt. Diese säuberten ihre Reihen selbst von den stalinistisch eingestellten Offizieren und nahmen — soweit das nicht geschehen war — Kontakte mit den revolutionären Zivilbehörden auf.

Mikojan und Suslow: Wir ziehen unsere Truppen ab

Die Leitung des Verteidigungsministeriums ging am 3. November 1956 an den neuernannten Generalmajor Pal Maleter, der 1944 bereits Partisanenführer gewesen war und seit 1945 der KP angehörte.

Ab 1. November 1956 häuften sich Nachrichten

über sowjetische Truppenkonzentrationen im Osten Ungarns, ohne dass Moskau dafür einen Grund angegeben hätte. «Paradoxerweise» wurden sowjetischerseits gleichzeitig die Truppen aus Budapest abgezogen (sie waren technisch und moralisch am Ende ihrer Kräfte), und die Emis-säre des Kremls, Mikojan und Suslow, versprachen, man würde auch die restlichen Truppen aus Ungarn abziehen. Nach 24 Stunden geschah aber gerade das Gegenteil.

Heute weiss man, dass in der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober im Politbüro der KPdSU die militärische Liquidierung des Aufstandes beschlossen wurde. Die Militärs bestanden darauf, und der am 29. Oktober im Mittelmeerraum beginnende britisch-französische und israelische Angriff auf Aegypten (Suezkanalkrise) bot der Sowjetintervention in Ungarn eine einzigartige Chance.

Am Morgen des 30. Oktober ordnete Marschall Schukow die Operation in Ungarn an. Noch heute, 20 Jahre später, gibt es in der sehr umfangreichen sowjetischen Militärliteratur keinen Artikel, keine Studie, geschweige denn ein Buch, in dem diese (sicherlich unrühmliche) «Strafexpedition» der Sowjets gegen ein verbündetes Land verzeichnet wäre! Nach westlichen Schätzungen umfasste die in Ungarn eindringende Sowjetarmee etwa 150 000 Mann mit 2500 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen. Eine ansehnliche Armee, die am Abend des 2. November im Hauptquartier von General Maleter in der Budapester Kilian-Kaserne so gewertet wurde, dass diese Aktion gar nicht gegen Ungarn gerichtet sei! «Uns könnten sie mit viel weniger Truppen in die Knie zwingen!», sagte Maleter und vertrat die Ansicht, dass die Sowjets, durch Ungarn marschierend, endlich mit ihren Feinden in Jugoslawien abrechnen wollten. Ein Angriff auf Belgrad also. (!)

General Maleter irrte sich: Die Truppenkonzentration galt Ungarn. Und da die Nagy-Regierung strikten Befehl gab, die Sowjets nicht zu provozieren, konnte der sowjetische militärische Aufmarsch praktisch am 2. November abgeschlossen werden. In dieser Zeit wurden die wichtigsten strategischen Punkte Ungarns (wie Donauübergänge, Flughäfen, Eisenbahnknotenpunkte) ausserhalb Budapests besetzt; in Transdanubien — in Richtung Oesterreich und Jugoslawien — wurden Abwehrstellungen bezogen.

Umsonst waren die Bemühungen Imre Nagys, durch Ungarns Austritt aus dem Warschauer Pakt den Sowjets jedes Recht auf militärische

Manöver im Lande zu nehmen und durch die (einseitige) Proklamation Ungarns zu einem neutralen Staaten wie Oesterreich den kommenden Ereignissen auszuweichen: der sowjetische Entschluss stand fest!

Verhandlungsfalle und Invasion

Am 3. November liessen die Sowjets plötzlich verlauten, sie seien zu Verhandlungen über einen Truppenrückzug bereit. Hohe sowjetische Militärs trafen in Budapest ein und konferierten mit ihren ungarischen Kollegen im Parlamentsgebäude. «Der Friede ist nahe, wir müssen nur noch die Modalitäten des Abzugs besprechen», sagte Maleter an diesem Abend. Die «Modalitäten des Abzugs» sollten im sowjetischen Hauptquartier auf der Insel Csepel unweit von Budapest besprochen werden. «Die internationale Gepflogenheit der Diplomatie will es so», sagten die Sowjets, und die ungarische Regierungsdelegation, der auf Wunsch der Sowjets der Verteidigungsminister, der Generalstabschef und der Leiter der Operationsabteilung angehörten, begab sich nach Tököl (Csepel).

Am 4. November 1956, in den frühen Morgenstunden, begann der sowjetische Angriff auf Budapest und die Provinz. Ueberall flammten die Kämpfe wieder auf. Die Volksarmee war ihrer obersten Führung beraubt, denn in der Nacht vom 3. auf den 4. November liess MGB-General Serow die ungarischen Generäle (ungeachtet ihres Status als Parlamentäre) verhaften. Gleichzeitig erschien er in der Revolutionszeit abgesetzte Verteidigungsminister im Ministerium und teilte Imre Nagy telephonisch den Einmarsch der Sowjettruppen in Budapest mit. Da vorsorglich die Nachrichtenzentrale des Ministeriums durch einige stalinistisch eingestellte Offiziere besetzt worden war, konnten diese im Namen des Generalstabes falsche Befehle erteilen (wie z. B. «jeglichen Widerstand einstellen», «kapitulieren», «mit den Sowjets verhandeln», «ja nicht zurück-schiessen» usw.).

Trotz der ungünstigen Ausgangslage wurde der Kampf in Ungarn nicht so schnell eingestellt. Bis zum 7. November kämpfte die Nationalgarde (und in ihren Reihen zahlreiche Soldaten und Offiziere) gegen die sowjetische Uebermacht. Ungarische Flak-Geschütze schossen in dieser Zeit allein über Budapest drei sowjetische Flugzeuge ab. In der Provinz dauerten die Kämpfe bis zum 15. November an; dann kapitulierte die erste «sozialistische Stadt Ungarns», Szatalinvaros (heute Dunaujvaros). Die Sowjets hatten gesiegt.



Nach dem Sieg über die Besatzer in Erwartung der Invasoren.

Warschauer Pakt und UNO

Wer hat die eigenen Bestimmungen verletzt?

Warschauer Vertrag 1955

Die vertragschliessenden Parteien haben beschlossen (...):

Geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen;

Im Interesse der weiteren Festigung und Entwicklung der Freundschaft, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Beistandes in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Achtung, der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten sowie der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, diesen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zu schliessen (...).

Artikel 1

Die vertragschliessenden Parteien verpflichten sich in Uebereinstimmung mit den Satzungen der UNO, sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder ihrer Anwendung zu enthalten und ihre internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln so zu lösen, dass der Weltfrieden und die Sicherheit nicht gefährdet werden.

Artikel 3

Die vertragschliessenden Parteien (...) werden sich im Interesse der Gewährleistung der gemeinsamen Verteidigung und der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit untereinander unverzüglich jedesmal beraten, wenn nach Meinung einer der Parteien die Gefahr eines bewaffneten Ueberfalls auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages entsteht.

(Anmerkung: Es gab im Falle Ungarns keine Beratung mit irgendeinem Warschauer-Pakt-Staat.)

Artikel 4

Im Falle eines bewaffneten Ueberfalls in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines Staates oder einer Gruppe von Staaten wird jeder Teilnehmerstaat des Vertrages in Verwirklichung des Rechtes auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Uebereinstimmung mit Art. 51 der Satzung der UNO dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Ueberfall ausgesetzt sind, sofortigen Beistand leisten, in Vereinbarung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages und mit allen Mitteln, die ihnen erforderlich scheinen, einschliesslich der Anwendung von militärischer Gewalt. Die Teilnehmerstaaten des Vertrages werden sich unverzüglich über gemeinsame Massnahmen beraten (...). Von den Massnahmen (...) wird dem Sicherheitsrat entsprechend den Bestim-

mungen der Satzung der UNO Mitteilung gemacht. Diese Massnahmen werden eingestellt, sobald der Sicherheitsrat die Massnahmen ergreift, die zur Wiederherstellung und Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit erforderlich sind.

Die UNO-Generalversammlung nahm zehn Resolutionen über die Ungarn-Frage an, darunter folgende:

Beschluss der Dringlichkeitssitzung der UNO vom 4. 11. 1956

Der UNO-Antrag forderte die Sowjetunion auf, ihren bewaffneten Angriff auf das ungarische Volk einzustellen und ihre bewaffneten Streitkräfte sofort aus Ungarn zurückzuziehen.

Ferner werden in der Resolution die Sowjetunion und Ungarn ersucht, Beobachtern des Sicherheitsrates die Einreise nach Ungarn, Bewegungsfreiheit in Ungarn und Berichterstattung über ihre Eindrücke zu gestatten.

Resolution der ordentlichen Sitzung vom 21. 11. 1956

Die Forderungen vom 4. November und 9. November werden wiederholt, welche die «sofortige» Zurückziehung der Sowjettruppen und die Entsendung von Beobachtern durch den Generalsekretär verlangen.

Resolution vom 4. 12. 1956

Unter Wiederaufführung der vorhergehenden Resolution wird «mit grossem Bedauern» bemerkt, dass die Sowjetunion den Forderungen nicht nachgekommen ist, dass sie von der Intervention in die inneren Angelegenheiten Ungarns nicht Abstand genommen hat, dass sie die Deportation ungarischer Bürger nicht einstellt, dass sie ihre Streitkräfte nicht aus Ungarn zurückgezogen und ihre Unterdrückung des ungarischen Volkes nicht eingestellt hat.

Resolution der Generalversammlung vom 12. 12. 1956

Die Versammlung «verurteilt die Verletzung der Charta der UNO durch die Regierung der UdSSR, die Ungarn seiner Freiheit und Unabhängigkeit beraubt und das ungarische Volk der Ausübung seiner Grundrechte beraubt».

Erneut wird die UdSSR aufgerufen, «sofortige Massnahmen» zur Zurückziehung ihrer Streitkräfte unter UNO-Aufsicht zu treffen und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Ungarns zuzulassen.

Die UdSSR antwortete nicht auf die Resolutionen.

Die Rache an Kindern

Das erste sowjetisch diktierte Regierungsprogramm von Kadar am 4. November 1956 verkündete in Punkt 3 eine Amnestie für alle Teilnehmer am Aufstand. Und dann wurden im Laufe der nächsten zwei Jahre etwa 2200 von ihnen hingerichtet.

Als Kadar seine Regierung ausrief, befand er sich freiwillig oder unfreiwillig in der Gewalt der Sowjets, welche die Ernennung des Kabinetts durch den Präsidialrat erst am 12. November bewerkstelligen konnten. Sogar nach den Rechtsnormen der Volksrepublik handelte es sich in diesen kritischen Tagen nur um eine Verschwörergruppe gegen die legale Regierung Imre Nagy. Mit der Eroberung durch die Sowjettruppen war das Land noch keineswegs normalisiert. Der Generalstreik dauerte an; die Revolutionskomitees und Arbeiterräte suchten im politischen Kampf wieder zu gewinnen, was sie durch Waffengewalt verloren hatten.

Der gleiche Mut hinderte die sofort aufkommende Rachejustiz noch erstaunlich lange daran, sich einen zivilen Anstrich zu geben. Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften verweigerten die Mitarbeit, so dass man diese Arbeit der Militärgerichtsbarkeit übertragen musste, die von den Besatzern nicht nur kontrolliert, sondern häufig auch bemannt war.

Am 15. Januar 1957 stellte dann das von aussen gefestigte Regime Volksgerichte auf. Als Sonderkammern waren sie befugt, Aufständische ohne schriftliche Anklage im «beschleunigten Verfahren» zum Tode zu verurteilen. Ein Grundsatzentscheid des Obersten Gerichts verfügte: «Wer sich während der Konterrevolution Waffen gegen die Volksdemokratie verschaffte, hatte den Eventualvorsatz, damit Menschen zu töten. Daher ist auch eine unbeabsichtigte Tötung als vorsätzlicher Mord zu qualifizieren.» («Birosagi Hatarozatok» — Gerichtsentscheide —, Nr. 9/1957) Die gleiche Ueberlegung galt auch für Notwehrsituationen (BH, Nr. 4/1957). Ein Angeklagter wurde wegen Mord zum Tode verurteilt, weil er vor einem Kasernentor Schüsse abgegeben hatte (BH, Nr. 4/1957).

Die meisten Verurteilungen erfolgten allerdings einfach wegen Beteiligung an der «Konterrevolution» und wegen Aufwiegelung (z. B. Verbreitung von Flugblättern). Das Oberste Gericht: «Aufwiegelung ist eine gefährliche Tat. Eine Person braucht dabei nicht Hass auf die Volksdemokratie zu verspüren; es genügt, wenn die Tätigkeit des Angeklagten die Gefahr von Hassentstehung hervorruft.» (BH, Nr. 7/1957) Als Aufwiegelei wurden auch Aeusserungen gegen die Sowjetunion qualifiziert (BH, Nr. 4/1957).

Wer waren die Opfer? Häufig Minderjährige. Jugendliche zwischen 14 und 15 Jahren wurden vor Gericht gestellt und in mehreren Fällen hingerichtet. Das aufgrund eines alten Gesetzes (VII/1945), das aber nur die Möglichkeit von Todesurteilen für Minderjährige über 16 Jahren vorgesehen hatte.